

Ankleben!

4. Jahrgang, Nr. 221.

Weiter geben!

Einzelnummer 4.— M.

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 4.— M., Durch Austräger 17.50 M., pro Woche, 70.— M., pro Monat, Durch die Post 80.— pro Monat, u. Nachzahl. a. d. Verlag o. 40 M. Reaktionspreis: 5.— 6 Nachm. Produktionsgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 81059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Freitag, 29. Sept. 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 8.— M., auswärts 10.— M., Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereine und Versammlungsanzeigen 1.75 M. — Kellamaer: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 4.— M.

ADGB. mit dem Kapital gegen die Arbeiter.

Die Teuerung steigt. Die kapitalistischen Wucherer treiben die Preise noch immer mehr in die Höhe. Die Offensive des Kapitals gegen den Achtstundentag und der Widerstand gegen die notwendigen Lohnerhöhungen verstärkt sich von Tag zu Tag. Die Krise jetzt überall mit voller Wucht ein. Sämtliche Arbeitsämter melden ein Steigen der Arbeitslosenziffern. Die Not des Proletariats steigt ins Unermessliche. Das sind die Ursachen für den Schrei der Angestellten, Arbeiter und Beamten nach Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zum Kampf gegen das Unternehmertum, gegen Wucherer und Schieber und gegen den kapitalistischen Staat, der diesem Treiben der Kapitalisten nicht nur untätig zusieht, sondern selbst die Hand zur Brotpreiserhöhung und zur Verteuerung sämtlicher Bedarfsartikel für das schaffende Volk reicht. Was Wunder, daß die Betriebsrätebewegung immer größere Schichten des Proletariats erfasst, daß die Millionen verzweifelter Arbeiter entschlossen sind, zur Selbsthilfe zu greifen, um sich vor dem nackten Hungertode zu retten. Die Situation wird für die Kapitalistenklasse brenzlich. Sie bangt vor der Zukunft und fürchtet mit Recht den Ausbruch verzweifelter Kämpfe der gedemütigten und ausgepreßten Volksmassen. In diesem Moment erweist sich die Führerschaft der deutschen Gewerkschaften wieder, wie schon so oft, als der sicherste Pfeil, als die treueste Stütze der kapitalistischen Gesellschaft.

Inhalt geben wollen. Die Koalitionspolitikern wittern nicht mit Unrecht darin eine Gefahr für den Bestand der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Spaltung der Gewerkschaften.

Weil die Massen in den Gewerkschaften die Politik ihrer Führer nicht mehr mitmachen, weil sie davon ihnen selbst ausgehenden Organisationen in den Dienst ihres Kampfes stellen wollen, deshalb sollen die Gewerkschaften zerfallen und zertümmert werden. Eine Anzahl Gewerkschaftskartelle, u. a. Remscheid und Gotha, haben sich geschlossen hinter die Betriebsrätebewegung gestellt. Diesen wird mit folgenden Worten der Ausschuss angedroht: „daß sie sich damit in Gegensatz zum Bundesvorstand gestellt und ihre gewerkschaftlichen Pflichten aufs gröslichste verletzt haben, wird ihnen an anderer Stelle verdeutlicht werden.“ Daß sich der ADGB aber nicht nur allein mit solchen Kleinigkeiten, wie Zerstückelung von Gewerkschaftskartellen abgibt, sondern entschlossen ist, die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung in Trümmer zu schlagen, zeigt folgende offene Gewaltandrohung gegenüber all den Arbeitern, die hinter der Betriebsrätebewegung stehen. Es heißt da:

„Hier ist eine reinliche Scheidung zu erzwingen. Denn es ist auf die Dauer unerträglich für die Gewerkschaften, ihre Reihen und ihre Aktionen ständig zum Tummelplatz müßiger kommunistischer Sonderbestrebungen gemacht zu sehen. Angesichts der unüberhüllten Absicht der KPD-Zentrale, die wilden Streiks zu fördern und den Charakter der Gewerkschaftskämpfe zu ändern, Straßendemonstrationen und Krawalle zu provozieren, alles mit der Spitze gegen die Staatsgewalt, bleibt den Gewerkschaften kein anderes Mittel übrig, als reinen Tisch zu machen. Wer sich im Sinne der kommunistischen Parteiorder innerhalb der Gewerkschaften betätigt, hat seinen Platz in unseren Reihen verlor. Hier kann es nur ein Hüben und ein Drüben geben. Darüber sollte volle Klarheit in allen Gewerkschaften geschaffen werden.“

Der letzte Satz bedeutet eine Mahnung und Warnung zugleich an die Gewerkschaften, die bis jetzt sich noch nicht an der Hege gegen den „kommunistischen“ Betriebsrätekongress beteiligten, denn, wie bekannt, fordert neben einigen anderen Organisationen, die größte deutsche Gewerkschaft, der Metallarbeiterverband, selbst einen Betriebsrätekongress. Nicht nur Dörmann hat diese Forderung auf dem USF-Parteitag vertreten, sondern auch der rechtssozialistische Redakteur der „Metallarbeiterzeitung“ unterstützt diese Forderung. Er schreibt: „Der Rat wie die Tat der Betriebsräte, der Gewerkschaftler aus der Werkstatt, kann dem Vorstand des ADGB, den „Rat und die Tat“ der Betriebsräte aufsaßt, das hat er durch seine Gegenaktionen hinreichend bewiesen. Er erklärte, es gibt nur ein Hüben und Drüben. Das Hüben ist die Kapitalistenklasse und ihre Solblinge, das Drüben ist das revolutionäre Proletariat. Die Zeit wird lehren, daß die Arbeiter unter dem Druck der Not bald restlos alle „Drüben“ stehen.“

Der ADGB hat gleich zu Beginn der Betriebsrätebewegung in einem Aufruf an die Gewerkschaftsvorstände mit vielen Verleumdungen gegen die einsetzende Bewegung Stellung genommen. Jetzt zeigt das offizielle Organ des ADGB, das „Korrespondenzblatt“ in seiner neuesten Nummer mit brutaler Offenheit, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer im Interesse des kapitalistischen Staates, im Interesse der von ihnen mit dem Stinnes-Kapital eingegangenen Koalition den Kampf gegen die Betriebsrätebewegung, gegen das hungernde Proletariat führen. In dem „Kommunistische Richtlinien zur Teuerungskampagne“ überschriebenen Artikel beschäftigt sich das Blatt mit einem Rundschreiben der KPD-Zentrale, in dem für die kommunistischen Funktionäre bestimmte Anweisungen für den Kampf gegen die Teuerung gegeben werden. In dem Schreiben der KPD heißt es: „Keinerlei Lamento über Disziplinlosigkeit des Tarifvertrages wird die Arbeiterschaft überzeugen können, daß es ihre Pflicht ist, aus Rücksicht über die Disziplin und den Tarifvertrag langsam zu verhungern.“ Höhnisch nennt das „Korrespondenzblatt“ „kommunistische Gewerkschaftszugehung“. Es ist also der Auffassung, daß in einer Zeit, wo die Lebensmittelpreise sich in einer Woche verdoppeln und verdreifachen, die Arbeiterschaft aus „Disziplin“ die auf viele Wochen und Monate laufenden Tarifverträge einhalten muß, selbst auf die Gefahr hin, daß sie mit ihren Familien dabei verhungert. Doch das schlimmste Verbrechen sehen die ADGB-Führer darin, daß die Kommunisten zusammenhanglose wilde Streiks zusammenfassen und den gewerkschaftlichen Kämpfen politischen

Konstituierung eines Betriebsräte-ausschusses in Rheinland-Westfalen

Für die Stärke der Betriebsrätebewegung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk zeugt die Tatsache, daß sich dort jetzt ein Dreizehnerausschuss gebildet hat, mit der Aufgabe, die Vorbereitungen zum Reichsbetriebsrätekongress und zugleich zu einer Konferenz der rheinisch-westfälischen Betriebsräte zu treffen. Dieser Ausschuss hat sich am 22. September konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde ein Kommunist aus Essen, zum 2. Vorsitzenden ein Mitglied der SPD aus Köln gewählt. 2. Kassierer ist ein Mitglied der früheren USF. Die Mitglieder des Ausschusses stammen aus den verschiedensten Gegenden des Industriebezirks. Gleichzeitig wurde ein Wahlreglement für die Betriebsrätekonferenz von Rheinland-Westfalen beschlossen. Die Wahlen sollen bis zum 5. Oktober abgeschlossen sein.

Die Arbeit dieses Dreizehnerausschusses ist von großer Bedeutung für die Bewegung der Betriebsräte. Wenn es im wichtigsten deutschen Industriegebiet gelingt, den Widerstand der Gewerkschaftsbürokratie gegen die Massenbewegung zu überwinden, so wird das seine Wirkungen auf die Arbeiter in den übrigen Teilen Deutschlands nicht verfehlen.

Ein Sieg der Frankfurter Betriebsrätebewegung.

Die Betriebsräte Groß-Frankfurts zählen zu vier Fünftel zur SPD und USF. Doch die Frankfurter Gewerkschaftsbürokratie übte sich ihrer eigenen Parteigenossen nicht mehr sicher. Deshalb versuchte sie mit allen Mitteln, den Zusammentritt einer Betriebsrätevollversammlung zu verhindern. Doch der Druck der Massen und ihrer Organe, der Betriebsräte und Kontrollausschüsse, zwang sie zum Nachgeben. So berief das Frankfurter Gewerkschaftskartell zu Montag, den 25. September, eine Vollversammlung der Betriebsräte zusammen. Die Versammlung war sehr gut besucht. Professor Rehmlich sprach sehr physisch und weltabgewandt über „Wirtschaftslage und Teuerung“, vermengt mit der nötigen Hege gegen die Kommunisten und die Kontrollausschüssebewegung. Dann sprach der Gewerkschaftssekretär Mischbach über die bisherigen Bemühungen und „Erfolge“ des Gewerkschaftskartells, nämlich seine Unterhandlungen mit der Handelskammer, den städtischen Behörden usw. Das Referat zeigte die ganze Unfähigkeit und Ohnmacht der Gewerkschaftsbürokratie, etwas Durchgreifendes zu tun. Hierauf entwickelte sich eine sehr heftige, lange Debatte für und gegen die Kontrollausschüsse. Reichsausschussmitglied Arthur Hempel brachte folgende Resolution ein:

Die am 25. September tagende Groß-Frankfurter Betriebsrätevollversammlung begrüßt die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses und verlangt von allen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse, insbesondere vom Gewerkschaftskartell Frankfurt a. M. die weitgehendste Unterstützung des Kampfes der Betriebsräte gegen die Teuerung.“

Der Referent Rehmlich gab sich die redlichste Mühe, den Antrag im Papierkorb zu begraben. Dennoch wurde er mit großer Majorität angenommen. Die Versammlung war ein großer Erfolg für die Betriebsräte- und Kontrollausschüssebewegung und eine vernichtende Niederlage für die Bürokratie.

Der Dollar wieder im Steigen.

Längere Zeit wurde jetzt durch Stilllegung der Notenpresse die Mark künstlich noch gehalten. Gestern stieg aber der Dollar von 1481,48 auf 1666,87 M. Der Kurs der Aktien und anderer Anteilsscheine stiegen bis zu 10 000 Prozent an einem Tag. Das ist die größte Steigerung seit Bestehen der Berliner Börse. Ursache bildet vor allem das Sinnes-Abkommen. Die Teuerung wuchs auch bei steigender Mark. Deshalb rasender werden jetzt mit dem Fallen der Mark die Preise weiter in die Höhe gehen.

Billige Agrarprodukte.

Ein Mitarbeiter der großagrarischen „Deutschen Tageszeitung“ mit Namen G. Neubaus-Selchow hat billige Agrarprodukte angeboten. Er errechnet z. B. daß die Kartoffeln seit 1911 um das 3fache im Preise gestiegen sind. 1911 ein Zentner Kartoffeln 2 M. Wir erlauben die „Deutsche Tageszeitung“, uns all die Großgrundbesitzer zu nennen, die heute die Kartoffeln zu 75 M. pro Zentner verkaufen, im voraus garantieren wir schon eine Provision von 5 %. Die Rechenschaft der „Deutschen Tageszeitung“ ist übrigens immer bewundernswert. So stellt sie am 24. September fest, daß eine Erhöhung des Preises für ein 4-Pfd.-Brot um rund 20 M. für den Haushalt auch der ärmeren Bevölkerungsschichten immer noch eine verhältnismäßig geringe Rolle spielt. Eine Mehrbelastung einer vierköpfigen Arbeiterfamilie mit 4000 M. jährlich allein bei Markenbrot ist eine Bagatelle gegenüber der bitteren Not der Agrarkapitalisten. Die Herren Junker und Großgrundbesitzer haben für die Not des arbeitenden Volkes nichts übrig als Hohn und Spott. Dies muß vom Proletariat beantwortet werden mit energischem Kampf um die Kontrolle über die Produktion.

Revolution in Griechenland.

Nach Meldungen aus Athen sind in Griechenland erst revolutionäre Unruhen ausgebrochen, besonders in Larissa, Mitilene und Salos. Heer und Marine sind daran beteiligt. Der Minister des Innern teilte gestern mit: Die Regierung wolle nicht, wie viele Kriegsschiffe sich der Bewegung angeschlossen hätten. Laut Neutermeldung hat

Der König Konstantin abgedankt.

Die kommunistische Partei Griechenlands hat zusammen mit dem griechischen Gewerkschaftsbund einen Aufruf an das griechische Volk erlassen, der folgende Forderungen formuliert: sofortige Demobilmachung, allgemeine Amnestie für politische und militärische Vergehen, angemessene Unterstützung der Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen, das dafür nötige Geld ist durch Besteuerung der Kriegsgewinnler zu beschaffen, sofortige Verteilung der großen Güter in Mazedonien und Thessalien an landarme Bauern, Auflösung des jetzigen griechischen Parlaments, das nicht mehr die Volksmeinung vertritt, und Neuwahlen, sofortige Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte, Abschaffung der Zensur, Freilassung der aus politischen Gründen verhafteten

Genossen. Ferner hat die kommunistische Partei Griechenlands sich an die Sowjetregierung mit der Bitte gewandt, sie möchte für den Schutz der unschuldigen griechischen Bevölkerung Kleasiens eintreten, die jetzt das Opfer der verbrecherischen Politik der griechischen Regierung geworden ist. Die Sowjetregierung möchte sich auch der griechischen Arbeiter und Bauern annehmen, die jetzt in türkische Kriegsgefangenschaft geraten sind. Endlich wandte sich die kommunistische Partei Griechenlands an die Arbeiterparteien Englands, Frankreichs und Italiens, damit diese für Beendigung des Orientkrieges eintreten

Der ganze Balkan in Flammen.

Nach Meldungen aus Sofia sind in Bulgarien, wo die Regierung eine zeitweise Mobilmachung angeordnet hat und die Truppen auf der südflawischen Grenze konzentriert, Unruhen ausgebrochen. Nachrichten aus Belgrad zufolge ist es dort angeblich zu blutigen Zusammenstößen der Regierungstreuen mit Anhänger des Prinzen Georg gekommen, der zum König ausgerufen wurde. In Rom liegen Nachrichten über einen Aufstand in Albanien vor.

Ein Beispiel demokratischer „Freiheit“ in der Wirklichkeit. Die Fabrikation der öffentlichen Meinung in England.

Von A. Zelenopolski (London).

Es ist eine ausgemachte Sache, daß die bolschewistischen Diktatoren neben anderen „demokratischen“ Freiheiten auch die der bürgerlichen Presse unterdrückt haben. Schon seit mehreren Jahren wird Tag für Tag dieser Wortwitz sogar in den fortgeschrittenen, ja selbst in der am weitesten fortgeschrittenen kapitalistischen Presse beider Weltteile und auch in einem Teile der Arbeiterpresse gegen sie erhoben. Man wohl, wir wollen uns heute einmal ansehen, was die Pressefreiheit eigentlich ist, und zwar im alten freihändlerischen England, dessen soziale Verfassung schon seit Jahrhunderten sein größter Stolz ist.

Im ganzen gibt es in England etwa 2300 periodische Schriften. Von diesen verfügen die Arbeiter — rund 15 Millionen Menschen nach der offiziellen Statistik der Sozialversicherung — über 46 Wochenchriften und 75 Monatschriften. In der Arbeiterklasse nur eine einzige, den „Daily Herald“, der sich nur mit Mühe und Not zu halten vermag. In London werden täglich über 6 500 000 Nummern der verschiedenen Zeitungen verkauft. Außerdem werden einige Hunderttausend Blätter täglich gratis verteilt, aber natürlich und ausschließlich nur an die Reichen, an die Notabeln der Politik und der Geschäftswelt. Von diesen 6 1/2 Millionen Zeitungsexemplaren entfallen auf den „Daily Herald“ das einzige Arbeiterblatt, kaum 150 000 oder etwas mehr als ein Zweitausendstel. Das alles gilt aber nur für die Morgenausgaben, zu denen noch etwa weitere 3 Millionen Exemplare bürgerlicher Abendzeitungen hinzukommen. Eine Arbeiter-Abendzeitung gibt es überhaupt nicht.

Aber das alles reicht noch nicht hin zur Fabrikation der öffentlichen Meinung. In Wirklichkeit ist die Maschinenerei zur Hirnwerkleistung noch viel, viel mächtiger. Denn zu den Tagesausgaben der Zeitungen kommen noch die weiteren 8 Millionen Exemplare der bürgerlichen periodischen Presse, die alle Sonntage vormittags in London abgesetzt werden.

Es sieht also das gegenwärtige Kräfteverhältnis so aus: Auf der einen Seite der gewaltige Part der schweren weittragenden Artillerie der Bourgeoisie, und auf der anderen Seite die armselige Kinderpistole des Proletariats!

Wie wird nun die bürgerliche Presse in England gemacht? Die wichtigste Morgenzeitung von London ist die „Daily Mail“, die täglich in mehr als 1 800 000 Exemplaren abgesetzt wird und nur die von der aristokratischen „Times“ in ihren 75 000 Exemplaren verzapfte Meinung in populärer Form auf den Markt bringt. Die „Times“ ist das offizielle Organ der Regierung und weit mehr noch der jedem Fortschritt feindlich gegenüberstehenden konservativen Partei und war Eigentum des vor kurzem verstorbenen Lord Northcliffe, dieses großen Vergitters der öffentlichen Meinung in England.

Er war der Mächtigste — und seine Erben sind es nach ihm weiter — folgender Tageszeitungen: „Daily Mail“ mit 1 818 000, „Evening News“ mit 894 000 Auflage, was einer Gesamtanfrage von über 2 712 000 Exemplaren entspricht, wenn man die „Times“ mit 75 000 Exemplaren Auflage hinzurechnet. Das bedeutet, daß alle Tage eine gleich hohe Anzahl von Menschen täglich ihre guten Groschen hergeben, um ihr Hirn mit der Prosa der Durchhaltepolitik, der Intentionen, des Imperialismus, des Überpatriotismus, des Imperialismus und der imperialistischen Reaktion Lord Northcliffe's durchströmen zu lassen. In Sonntagen laufen weitere 856 000 ebenfalls von Lord Northcliffe über sonntägliches geistiges Mittagsmahl in Gehalt des Wochenblattes „World“ des „Sunday“ in es da übertrieben, wenn man nach alledem sagt, daß Lord Northcliffe der größte Kaiser der britischen Presse war, die zum Denken in seinem Sinne zu zwingen, er sich offen überhebete?

Im übrigen gleichen sich sämtliche bürgerlichen Zeitungen in England, gleichviel, ob sie nun Lord Northcliffe gehören oder nicht. „Daily Mail“, „Daily Mirror“ 1 059 000, „Daily Express“ 885 000, „Daily Star“ 537 000, „Evening News“ 894 000, „Star“ 702 600 Auflage, „Daily News“, „Daily Telegraph“ und „Morning Post“, sie alle haben einen Umfang von 10 bis 20 Seiten Großformat, von denen 4 bis 8 Seiten auf den Anzeigen- und Reklameteil entfallen, der für sie sehr lohnend ist. Die Anzeigenkäufer bringt dem Staat eine Einnahme von 13 Millionen Pfund im Jahre. Die englischen Zeitungen haben besondere Beilagen für Finanzwesen, Handelsnachrichten, Politik, Sport, Literatur, Gesellschaftsleben usw. Sie berichten ausführlich über die geringsten Prozesse am königlichen Hofe. Die englischen Zeitungen sprechen niemals von der Arbeiterfrage, sofern es sich nicht um den Kampf gegen einen Streik oder um einen inhumanen Bericht in leichter Schrift über irgendeinen Betriebsunfall, der einer größeren Anzahl von Arbeitern das Leben gekostet hat, handelt. Von „keinen“ Arbeitsunfällen wird grundsätzlich keine Notiz genommen.

Die Konkurrenz ist eines der Bewegungsgesetze des Kapitalismus. In ihrer Jagd nach dem Käufer spielen sich die Papierverkäufer genau so wie alle anderen gegenständig die schärfsten Streiche und verstanden und distanzieren sich einander um die Beute. Der Kampf ist unter ihnen, eben Lord Northcliffe, vertritt sich insbesondere eine Gesellschaftsform unter dem Titel: „Die Tageszeitungen und ihre Milliardäre“, der wir die wenigen folgenden aufrechten wahren und verkürzten Angaben — diesmal hat Lord Northcliffe ausnahmsweise einmal nicht geschwiegen — entnehmen.

Hinter jeder einzelnen Sonntagszeitung, vierfacht mit Ausnahme einiger Spezialblätter und der Arbeiterpresse, steht ein schwerer oder millionenreicher Besitzer, irgendein Schiffahrts-, Papier-, Kohlen- oder Petroleumkonglomerat.

Das ist übrigens gar nicht schwer nachzuprüfen. Wir wollen deshalb einige der größten englischen Zeitungsbesitzer hier auflisten:

1. Der schon erwähnte Lord Northcliffe.
2. Dornie Rodgerman als Besitzer des Londoner „Daily Mirror“, des Zürcher „World“, des Glasgower „Glasgow Record“ und der Wochenchrift „Sunday Herald“ (mit 2 1/2 Millionen Auflage), die besonders verdienstbringend wirkt, weil sie wegen ihrer reichlichen Silberausstattung und ihres billigen Preises (2 Pence gleich 16 Goldpennig) besonders von Arbeitern gelesen wird.
3. Baron Hulton als Besitzer des „Daily Star“, des „Daily Express“, des „Evening Standard“, der Wochenzeitung „Sunday Herald“ und einer ganzen Anzahl weiterer Sonntagsblätter.
4. Lord Buxton als Eigentümer des „Daily Telegraph“.
5. Lord Northcliffe als Besitzer des „Daily Express“ und des „Sunday Express“.
6. Lord Jerningham als Inhaber des „Daily Chronicle“.
7. Dornie Rodgerman, einer der Petroleumkonglomerate, als Besitzer der „Financial Gazette“.
8. Baron Hulton Berth, einer der Brüder Berth, denen eine gute Hälfte sämtlicher Londoner Grundstücke gehört, als Eigentümer des „Daily Graphic“, der „Sunday Times“ und der „Financial Times“.

9. Herr Sudbery, einem großen Schokoladenfabrikanten, als Besitzer der „Daily News“ und des „Star“.

10. Lord Riddle als Eigentümer der „News of the World“, einer idiotischen Wochenzeitung, die voller dramatischer Feuilletons ist und in 3 1/2 Millionen Exemplaren, vorwiegend an Arbeiterpublikum, abgesetzt wird.

11. Sir John Balfour als Besitzer der ultrareaktionären „Morning Post“.

Eine nette Pressefreiheit in England! Die öffentliche Meinung in England, leider einschließlich der des englischen Proletariats, wird, wie in allen kapitalistischen Ländern — auch die „freie“ Republik Deutschland macht darin keine Ausnahme — von etwa einem Duzend skrupelloser Großkapitalisten fabriziert, die kein anderes Ziel als die Verteilung ihrer nackten Geldinteressen kennen. So wird uns auch ihr Opfer in der Bekämpfung der proletarischen Diktatur und in der Verteidigung ihrer „demokratischen“ Pressefreiheit voll verständlich.



Der Unterschied.

Erster Knabe: Du gabst ja jedem nur eine Schnitte .. weshalb verstedt Du schon wieder das Brot ..

Mutter: Es muß Euch genügen. Euch kann man nicht satt füttern. Jede Schnitte kostet eine Mark.

Zweiter Knabe: Warum rechnest Du jetzt immer, früher aßen wir, bis wir satt wurden und mit Margarine und jetzt gibst Du nicht mal Trockenbrot ..

Mutter: Das war früher. Jetzt sind die Zeiten schlecht ..

Mädchen: Schlecht? Und weshalb füttert Frau Landrat ihr Mopschen jetzt nur mit weißen Semmeln, mit guter Butter und Milch?

Mutter: Das ist ein Hund reicher Leute und ihr seid Kinder eines getönnlichen Arbeiters ..

Die Arbeiter werden sich in Lumpen kleiden müssen.

Die Arbeiter werden sich in Lumpen kleiden müssen. Die Firma Knauer, die in verschiedenen Großstädten Deutschlands Tuchlager besitzt, ein altes, gut hundertes Haus, verleiht an ihre Kundenschaft ein Preisverzeichnis für die Herbst-Winter-Gaun 1922/23. Dieses Dokument der Zeit beginnt mit der Konstatierung folgender Tatsache:

„Die Textilfabriken haben sich dem Risiko der sprunghaften Valutaschwankungen entzogen, indem sie zu höherwertiger Auslandswaluta verkaufen.“ Dann heißt es weiter: „Meiner Kundenschaft gegenüber kann ich natürlich nicht so verfahren, ich muß den Preis in Mark ausbilden, nur muß sich der Preis ungefähr nach dem Dollarkurs richten.“ Das ist im Grunde dasselbe wie der Verkauf in Auslandswaluta.

Die Firma Knauer macht eine Tabelle auf, in der die Stoffpreise in Mark bei einem Dollarkurs von 1000 bis 2000 berechnet sind. Man liest da z. B.:

Für schwarze, marengo oder blaue Herrenbekleidung bei einem Dollarkurs von 1000 Mk.: niedrigster Preis 1880 Mk. pro Meter, Dollarkurs 2000 Mk.: Höchstpreis 8470 Mk. Winter, Paletotstoffe: Beim Stande von 1000 eine Spanne von 1840 bis 4350 Mk. pro Meter. Beim Stande von 2000 billigste Qualitäten 3310 und 3410 Mk., Höchstpreis 7900 Mk.

Die Tabelle mit dem Stande von 2000 enthält insgesamt 35 Preise, die sich wie folgt verteilen: 6 Preise über 7000 Mk., 6 Preise über 6000 Mk., 14 Preise über 5000 Mk., 7 Preise über 4000 Mk., 2 Preise über 3000 Mk.

Also bei über 70 Prozent der Preise ein Betrag von mehr als 5000 Mk. für den Meter. Die Preise bei den baumwollenen, leinenen Anzugstoffen, bei der Berufs- und Sportbekleidung, verzeichnen folgende Spannen je nach Qualität und Dollarkurs: beim Stande von 1000 Mk.: 410—1150 Mk., 1200: 460—1330 Mk., 1500: 550—1610 Mk., 1800: 655 bis 1880 Mk., 1900: 680—1970, 2000: 710—2075 Mk.

Bei billigsten Stoffen, die für Proletarier in Frage kommen, ist keine Lieferzeit angegeben. Die Proleten, die die teuren Stoffe nicht kaufen können, die billigen aber nicht sofort lieferbar sind, werden ihre schon strapazierten Anzüge noch weiter herunterkumpen müssen. Die Tuchhäuser werden erst dann wegen der Lieferung von Arbeitsstoffen zu sprechen sein, wenn ihnen der Dollarkurs günstig zu stehen scheint.

Für die Arbeiter und Angestellten der Textil- und Konfektionsbranche erwacht die Pflicht, sich der Preistreibeerei zu erwehren, indem sie die Kontrolle der Produktion erobern und die Festsetzung des Preises mit den Organen der Gesamtarbeiterschaft selbst in die Hand nehmen.

Deutsche Gaszisten.

Von den jungen „Sturmtruppen“ der Hitlergarde werden in und um München, selbst unter den Augen der Polizeibehörden Knüttelübungen veranstaltet. Vor einigen Tagen hausten die reaktionären Jünglinge im „Deutsches Theater“ in München. Sie „arbeiteten“ antisemitisch mit Bierflaschen, Gummihüteln und Scherenspitzen. Als sie schließlich hinausgeworfen wurden, richteten sie noch für 200 000 Mk. Fensterschäden an. — Das sind die Leute, die nach der Praxis des Gesetzes zum Schutze der Republik von der Bestrafung ausgenommen sind.

Kemal Pascha besteht auf der Teilnahme Sowjetrußlands.

Der kemalistische Vertreter in Konstantinopel erklärte, daß die Note der Alliierten als Grundlage der Verhandlungen von den Türken angenommen würde. Bei der Behandlung der Meerengenfrage müßten alle Randstaaten des Schwarzen Meeres beteiligt sein, also auch Sowjetrußland, die Sowjetukraine, Sowjetgeorgien und Bulgarien. Die von den Oberkommissaren geführten Verhandlungen über die Meerengenverhandlungen herbeizuführen, sollen unter Beteiligung Kemal Paschas in den nächsten Tagen in Marmara begonnen werden. Wie wir erfahren, wird in der nächsten Zeit in Berlin Beratung der auswärtigen Vertreter Sowjetrußlands in

Sowjetrußlands Note an die Verbündeten.

Unter dem 21. September dieses Jahres laudte der Stellvertreter des Volkskommissariats des Außenwärtigen Karahan an die alliierten Regierungen folgende Note:

Die russische Regierung leidet Ihre Aufmerksamkeit auf die erste Lage im nahen Orient und auf die Tatsache, daß keine der Weltmächte die erforderlichen Schritte unternimmt, um Ereignissen vorzubeugen, die zahlreiche Staaten, welche am griechisch-türkischen Konflikt direkt nicht beteiligt sind, in den Krieg hineinziehen könnten. Die Lage ist bedrohlich, daß allein ein anstandslos friedliche Intervention die Ereignisse zu lokalisieren und den Südoceanen Europas vor einem neuen Blutvergießen zu bewahren vermöge, das, wenn einmal begonnen, Europa zu Erschütterungen zu führen droht, deren tragische Folgen überhaupt nicht abzusehen sind. Die russische Regierung ist der Meinung, daß der Kern der Konflikte einzig und allein in der Verletzung des Rechtes an das türkische Volk liegt, seine vollständige Souveränität über die türkischen Gebiete, namentlich über die Grenzgebiete Konstantinopel und die Meerengen effektiv wieder herzustellen. Die Weltmächte, vor allem die intransigente Seite unter ihnen — Großbritannien — weigern sich, der Türkei die Gebiete und die Meerengen, die ihr unbestreitbar gehören, zurückzugeben, angeblich im Namen der Freiheit der Meerengen, in Wirklichkeit aber, um dort ihre eigene Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die Freiheit der Meerengen ist vor allem notwendig für die Interessen des Schwarzen Meeres, Rußland, seine Verbündeten und die Türkei, die den größten Teil der Küsten des Schwarzen Meeres innehaben. Schon im Jahre 1920 hat die Türkei im Nationalpakt, für dessen Verwirklichung sie kämpft, die Freiheit der Meerengen in bezug auf Handel und Verkehr aller Nationen anerkannt, vorausgesetzt, daß das Regime der Meerengen durch die interessierten Staaten festgelegt werde. Der am 16. März 1921 in Moskau unterzeichnete russisch-türkische Vertrag bestätigt in seinem Artikel 5 die Freiheit der Meerengen für Handelsschiffe unter Flagge der Türkei, daß das internationale Statut der Meerengen durch die Schwarzmeerstaaten festgelegt werden wird.

Die russische Regierung muß in der kategorischen Form gegen diese Annahme von Rechten Rußlands und der ihm verbündeten Republik durch die Weltmächte Einspruch erheben. Rußland mit seinen Verbündeten, der Ukraine und Georgien, ist noch der Türkei das Recht, das den ersten Platz unter denen einnimmt, die an der Freiheit der Meerengen interessiert sind. Die Weltmächte, weil entfernt davon, dieses Recht zu verletzen, haben sich im Verlaufe der Verhandlungen der Orientfrage, Rußland den ersten Platz in allen internationalen Verträgen, die jene Frage betreffen, vorbehalten.

Die Sowjetregierung erweist daher ihre nachsichtigen Entschlossenheit, daß Rußland keinerlei Unterstützung anerkennen wird, die ohne seine Beteiligung und gegen seine Interessen

geübt wird. Rußland und die Türkei haben sich über die Formen verständigt, in denen die Freiheit der Meerengen verwirklicht werden soll. Rußland warnt die Weltmächte vor der Wiederholung von Irrtümern, die auf die völlige Mißachtung der vitalen Interessen der interessierten Staaten gegründet sind. Keinerlei Entscheidung über die Meerengen ohne Rußland wird endgültig noch dauerhaft sein. Sie wird nur neue Konflikte vorbereiten. Neue Freiheit, die Großbritannien im Auge hat, entbringt nur dem Wunsch einer großen Seemacht, eine für andere Staaten lebenswichtige Verkehrsader zu kontrollieren und sie ständig unter Bedrohung zu halten. Diese Note ist vor allem gegen Rußland und die Türkei gerichtet. Großbritannien schickt bewaffnete Streitkräfte nach dem Osten. Es versucht, in den Krieg gegen die Türkei Frankreich, Italien, Jugoslawien und Rumänien hineinzuziehen. Die Ziele des geplanten, aber deklarierten Krieges sind, wie aus dem offiziellen Communiqué hervorgeht, die Verteidigung Konstantinopels und der neutralen Zone, wie der Schutz Europas gegen eine blühartige und feindselige Offensive der Türkei. Was diesen zweiten Punkt anbelangt, so verdient er keinerlei Beachtung und kann von keiner Regierung ernst genommen werden. Die Verteidigung der türkischen Hauptstadt durch Großbritannien und seine Alliierten gegen das türkische Volk, das türkische Heer und die türkische Regierung, die lediglich verlangt, an ihren rechtmäßigen Sitz zurückzukehren, ist eine Annahme, die nur das größte Schamane hervorruhen kann. Wenn die Verteidigung der neutralen Zone als eine Befreiung der türkischen Souveränität durch die bewaffneten Streitkräfte der Weltmächte angesehen werden, begangen an Gebieten, die unlegitim türkisch sind, und ohne welche der Beschleib Konstantinopels bei der Türkei nur ein Mittel sein kann, die Hauptstadt des türkischen Volkes unter ständiger militärischer Bedrohung zu halten. Die russische Regierung ist der Auffassung, daß die vollstetigen Bemühungen einiger Staaten auf dem Wege des Überwältigens der interessierten Völker einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise zu finden, zu keinem positiven Resultat führen, noch die drohende Gefahr eines neuen Krieges abzuwenden können.

Kraft seiner besonderen Stellung im Orient und am Schwarzen Meer und als Vertreter der Interessen der Völker, denen eine friedliche Lösung am nötigsten ist, schlägt Rußland die unzerstörliche Einberufung einer Konferenz aller interessierten Mächte und namentlich der Teilnehmerstaaten des Schwarzen Meeres vor. Die russische Regierung hofft, daß Schwere von allen denen gehört werden wird, die wahrhaft einen Frieden erstreben auf der Basis der Gleichheit der Parteien, unter der vollen Achtung der türkischen Souveränität über alle türkischen Gebiete.

gezeichnet: Karahan.

